WIRTSCHAFTS VEREINIGUNG Stahl

Fakten und Hintergründe zu aktuellen industriepolitischen Fragen

Dringende Notwendigkeit einer außenhandelspolitischen Absicherung der Stahlindustrie in Deutschland und der EU

Berlin, 6. November 2025

Ein neues handelspolitisches Instrument

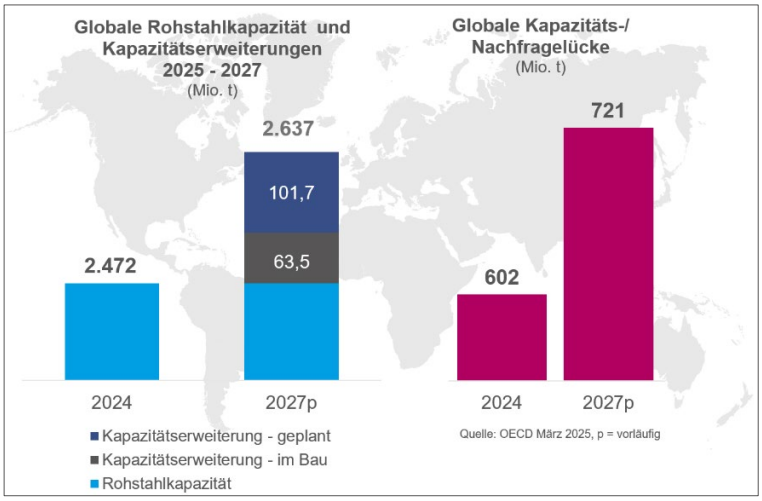
Was muss das ‚Post Safeguard Tool' leisten?

- Elementarer Bestandteil muss ein wirksamer Importschutz auf Grundlage eines intelligenten Zollkontingentsystems sein. Anders als pauschale Zölle oder Mengenbeschränkungen, die häufig rechtlich angreifbar sind oder zu Marktverwerfungen führen, erlaubt ein kontingentiertes Zollmodell (Tariff Rate Quota - TRQ) eine kontrollierte Marktöffnung mit klaren Schutzmechanismen.
- Dabei müssen strikte Obergrenzen für die zulässigen Marktanteile von Importen definiert werden sowie eine vierteljährliche Quotenvergabe erfolgen.
- Importmengen, die über diese Quoten hinausgehen, sollten mit einem wirksamen Zusatz-Zoll belegt werden, der sich an vergleichbaren Schutzmaßnahmen anderer Staaten – wie etwa den US-Stahlzöllen von 50 Prozent – orientiert.
- Ein solches Instrument muss zudem lückenlos auf alle Erzeugnisse der Stahlwertschöpfungskette anwendbar sein – inklusive nachgelagerter Produkte – und darf keine Ausnahmeregelungen für Entwicklungs- oder Freihandelspartnerländer enthalten.
- Eine eindeutige Herkunftsbestimmung über eine „Melted & Poured"-Regelung ist dabei ebenso unverzichtbar wie ein Krisenmechanismus für plötzliche Nachfragerückgänge.

Die Europäische Kommission ist diesen Anforderungen gefolgt und hat wirksame, ausgewogene Maßnahmen vorgeschlagen. Die Stahlindustrie spricht sich explizit dafür aus, den legislativen Prozess so schnell wie möglich abzuschließen, um eine zeitnahe Einführung der Maßnahmen zu gewährleisten.

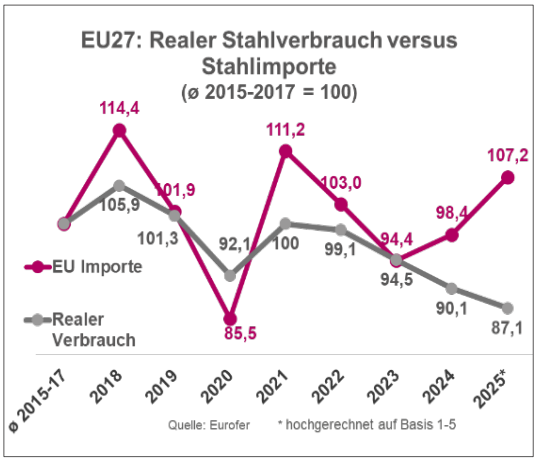
Das Problem der Überkapazitäten:

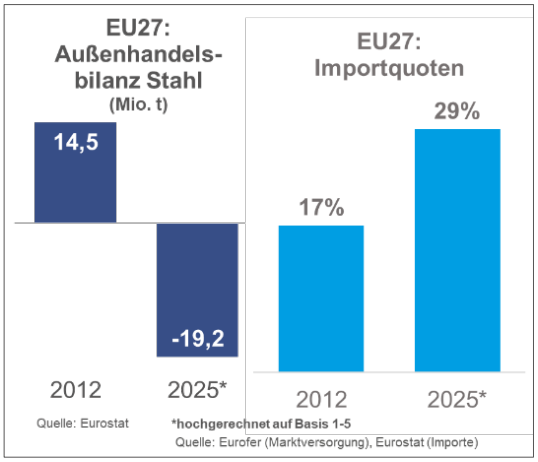
- Die Stahlindustrie leidet unter einem strukturellen Ungleichgewicht – einem aus den Fugen geratenen System: Die Produktionskapazitäten steigen weiter, während die Nachfrage in vielen Regionen stagniert oder zurückgeht.
- Nach Berechnungen der OECD dürfte das weltweite Überangebot bis 2027 auf rund 720 Millionen Tonnen anwachsen – das Fünffache der gesamten EU-Stahlproduktion.
- Besonders China, Indien, die ASEAN-Staaten, Nordafrika und der Nahe Osten treiben den Ausbau massiv voran.
- Allein Indien plant bis 2030 rund 300 Millionen Tonnen zusätzliche Kapazitäten, überwiegend in CO_2-intensiven Hochöfen. Da die jeweilige Inlandsnachfrage dies nicht aufnehmen kann, werden diese Mengen auf den Weltmarkt drängen.
- Folge ist ein aggressiver globaler Exportwettbewerb, bei dem Staaten ihre Überschüsse häufig zu Dumpingpreisen absetzen, was offenen Märkten wie der EU besonders schadet.



Die EU als ungeschütztes Hauptziel von Importströmen:

- Die EU hat sich in den letzten Jahren vom größten Nettoexporteur zu einem der weltweit größten Nettoimporteure (bzw. zum größten Importeur) von Stahl entwickelt. Der Importanteil am europäischen Stahlmarkt hat sich seit 2015 nahezu verdoppelt.
- Während Länder wie die USA ihre Märkte mit Zöllen und Importbeschränkungen schützen, bleibt der EU-Markt weitgehend offen.
- Seit 2023 zeigt sich ein besonders problematischer Trend: Trotz schwacher Nachfrage steigen die Importe weiter an, was die heimische Industrie zusätzlich unter Druck setzt. Dies führt zu einem strukturellen Handelsdefizit entlang der gesamten Wertschöpfungskette – von Vormaterialien über Halbzeuge bis zu Fertigerzeugnissen.
- Die Preise auf dem Binnenmarkt sind auf historische Tiefstände gefallen, wodurch die Rentabilität europäischer Hersteller massiv sinkt und Investitionen in Zukunftstechnologien kaum mehr möglich sind. Die Folge ist, dass Produktionskapazitäten in Deutschland und in der EU dauerhaft stillgelegt werden.
- Der European Steel and Metals Action Plan bestätigt die Schwere der Krise: Die Kapazitäten der EU- Stahlindustrie sind erheblich unterausgelastet; die Produktion ist auf das niedrigste Niveau überhaupt gefallen. Zwischen 2008 und 2023 wurden rund 26 Millionen Tonnen Kapazität abgebaut. Im Jahr 2024 kamen weitere 9 Millionen Tonnen an Schließungen hinzu. Die Branche hat 25 Prozent ihrer Arbeitsplätze verloren, weitere 8.000 bis 13.000 Stellenstreichungen sind bereits angekündigt.





Aktuell sind die EU-Schutzinstrumente unzureichend

- Die bestehenden handelspolitischen Instrumente wie Anti-Dumping- oder Safeguard-Maßnahmen haben sich als zu schwach und zu reaktiv erwiesen:
  - Die 2018 eingeführten Safeguard-Kontingente, die Importe begrenzen sollten, laufen Mitte 2026 aus. Ihre Wirkung war jedoch bisher bereits begrenzt, da die Quoten schrittweise liberalisiert wurden.
  - Trotz punktueller Maßnahmen gegen einzelne Länder oder Produkte konnte der wachsende Importdruck nicht wirksam eingedämmt werden.
- Eine umfassende und langfristige Strategie zum Schutz des hiesigen Stahlmarktes existiert bisher nicht, sodass die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Stahlindustrie weiter gefährdet bleibt.

Notwendigkeit eines hochwirksamen Handelsschutzinstruments: Der Steel Action Plan fordert ein „hochwirksames" neues Handelsinstrument, das die Safeguard-Maßnahmen ersetzt und die industriellen Kapazitäten in der EU schützt und stärkt.

Importanteile müssen neu festgelegt werden: Importe untergraben die Rentabilität der EU-Stahlkapazitäten sowie deren Dekarbonisierung. Das neue Handelsinstrument muss tragfähige Importanteile festlegen, die eine ausreichende Auslastung der Kapazitäten sicherstellen – als notwendige Voraussetzung für Rentabilität und Klimaneutralität.

Breitere Auswirkungen entlang der Wertschöpfungskette: Nicht nur Rohstahl, sondern auch stahlintensive nachgelagerte Produkte verlagern sich von einem Exportüberschuss zu einem Importüberschuss. Daher müssen auch stahlintensive Sektoren und Produkte in ein umfassenderes handelspolitisches Instrument aufgenommen werden, um die gesamte europäische Stahlwertschöpfungskette zu sichern.

Wie sind die aktuellen EU-Vorschläge zu bewerten?

- Die geplanten Maßnahmen der Europäischen Kommission sind sehr zu begrüßen. Sie stellen einen wichtigen Fortschritt gegenüber den bisherigen EU-Safeguards dar und schaffen ein flexibles, dauerhaft wirksames und ausgewogenes Schutzinstrument für die europäische Stahlindustrie.
- **Schutz vor Importschocks**: Das System der Zollkontingente erlaubt weiterhin einen erheblichen zollfreien Importanteil (18,3 Millionen Tonnen) und schützt gleichzeitig die EU-Produktion durch einen wirksamen Schutzzoll von 50 Prozent bei Überschreitung dieser Menge.
- **Flexibilität und Krisenfestigkeit**: Durch den „atmenden" Charakter der Kontingente und den neu eingeführten Notfallmechanismus kann das Instrument auf Marktveränderungen (z. B. Pandemien oder Nachfrageschwankungen) schnell reagieren.
- **Effiziente Verwaltung**: Die vierteljährliche Vergabe ohne Übertragung ungenutzter Mengen verhindert Marktverzerrungen und stärkt die Schutzwirkung.
- **Transparenter Ursprungsnachweis („melted and poured")**: Die Rückverfolgbarkeit der Produktionskette erschwert Umgehungen und stärkt die Glaubwürdigkeit der Handelsmaßnahmen – bei minimalem Verwaltungsaufwand.
- **Breiter Geltungsbereich**: Alle Drittländer werden einbezogen, und der Produktumfang entspricht den bisherigen Schutzmaßnahmen, mit Option auf Erweiterung.
- **Langfristige Perspektive**: Die unbegrenzte Laufzeit und die regelmäßige Überprüfung ab 2031 schaffen Planungssicherheit und begleiten die Dekarbonisierung der

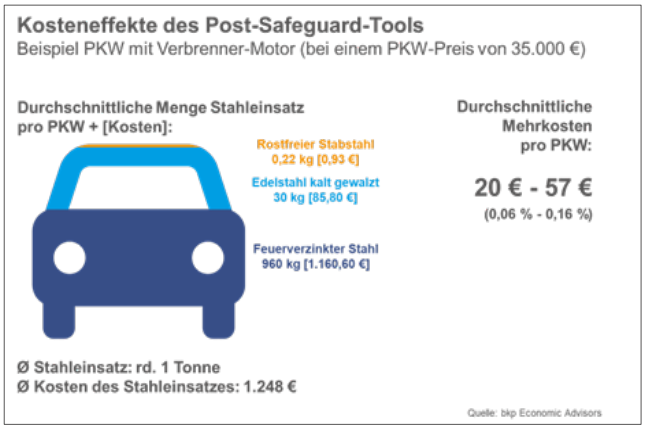
Stahlindustrie. Das neue Zollinstrument bietet wirksamen Schutz für die europäische Stahlindustrie, sorgt für faire Wettbewerbsbedingungen und unterstützt den Umbau zu einer klimaneutralen Produktion.

Das von der EU-KOM vorgeschlagene Instrument ist zudem ausgewogen und denkt Wertschöpfungsketten mit!

Keine Abschottung, sondern kontrollierte Marktöffnung

- Das vorgeschlagene Zollkontingentsystem (TRQ) erlaubt weiterhin zollfreie Importe bis zur Hälfte der bisherigen Mengen. Erst bei Überschreitung dieser Quoten greifen gezielte Zölle. Kein pauschaler Zoll wie in den USA.
- Die Versorgungssicherheit für die Stahlverarbeiter bleibt voll erhalten.
- Das Instrument ist modern und ausgewogen, es schafft fairen Wettbewerb, ohne die verarbeitende Industrie zu überlasten. Es geht nicht um Abschottung, sondern um wirtschaftliche Resilienz.

Kosten-Auswirkungen auf Endprodukte sind minimal



- Laut einer Studie von ‚bkp'[1] im Auftrag von Eurofer würde die Maßnahme zu einem nur moderaten Stahlpreisanstieg führen: +1,7 Prozent bei elastischem Angebot und realistischer Substitution, bis zu +4,5 Prozent unter konservativen Annahmen etwa für die Automobilindustrie liegen die Mehrkosten pro Fahrzeug bei 20 bis 65 Euro.
- Auch die Europäische Kommission kommt in ihrer Analyse mit einem erwarteten Preisanstieg in Höhe von +3,25 Prozent zu im Ergebnis ähnlich niedrigen Ergebnissen.[2]

Schutz der industriellen Basis

- Die Stahlindustrie ist Teil eines engmaschigen Wertschöpfungsnetzwerks.
- 5,5 Millionen Arbeitsplätze (Zulieferer & Downstream) hängen direkt oder indirekt an der Stahlbranche – deren Stabilität auch die Zukunft der stahlverarbeitenden Industrien in Europa sichert.

Fazit

Mit den Vorschlägen für ein neues, wirksames Handelsschutzinstrument hat die Europäische Kommission ein starkes Signal gesetzt, das von Seiten der Stahlindustrie ausdrücklich unterstützt wird.

Die Bundesregierung muss nun dafür sorgen, dass der vorliegende Vorschlag zügig umgesetzt wird, um Planungssicherheit für alle Marktteilnehmenden zu schaffen.

[1] Bkp Business Advisors (August 2025) "A Highly-Effective Comprehensive Trade Measure for EU Steel: Design Issues and Downstream Price Impacts"
[2] Staff Working Document (COM(2025) 726 final)

Grenzausgleichmechanismus (Carbon Border Adjustment Mechanism, CBAM)

Ausgangslage und Bedeutung des CBAM

- Die europäische Stahlindustrie steht seit 2005 im EU-Emissionshandelssystem (EU-ETS) und trägt damit erhebliche CO_2-Kosten, während Importe aus Drittländern bislang keiner vergleichbaren Bepreisung unterliegen. Um Wettbewerbsverzerrungen und Produktionsverlagerungen („Carbon Leakage“) zu vermeiden, wurden bislang kostenlose Zertifikate zugeteilt – eine Regelung, die ab 2026 schrittweise durch den CO_2-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) ersetzt werden soll.
- Der CBAM soll sicherstellen, dass importierte Waren mit denselben CO_2-Kosten belastet werden wie EU-Produkte. Er ist prinzipiell geeignet, Carbon Leakage zu verhindern und Investitionen in klimafreundliche Produktion zu flankieren. Allerdings bestehen erhebliche Schwachstellen. Eine dringende Behebung ist daher notwendig, um die Wirksamkeit ab 2026 sicherzustellen.

Zentrale Herausforderungen und Lösungsansätze

Umgehung von CO_2-Kosten („Resource Shuffling“)

- Drittlandproduzenten könnten gezielt CO_2-ärmere Produkte in die EU exportieren, während CO_2-intensive im Inland verbleiben. Das würde die Klimawirkung des CBAM untergraben und EU-Hersteller weiter benachteiligen.
  Lösung: Übergangsweise Verwendung länderspezifischer Standardwerte, die sich an den CO_2-intensivsten Produktionsrouten orientieren, sowie Anwendung des *„Melted and Poured“-Ansatzes*, um Produktionsverlagerungen zwischen Ländern korrekt zu erfassen.

Fehlender Schutz für Exporte

- Der CBAM schützt nur den Binnenmarkt, nicht aber EU-Exporte in Drittländer. Mit dem Auslaufen der kostenlosen Zuteilung drohen Wettbewerbsnachteile für exportierende Stahlunternehmen.
  Lösung: Erhalt von freier Zuteilung – nicht handelbaren, kostenlosen Zertifikaten auf Basis bestehender Benchmarks, um Wettbewerbsnachteile auszugleichen. Dies wäre WTO-konform und würde den bisherigen Schutzmechanismus fortsetzen.

Begrenzter Anwendungsbereich

- Der CBAM erfasst derzeit nur Grundstoffe und keine weiterverarbeiteten stahlintensiven Produkte. Dies gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit nachgelagerter Sektoren und kann indirektes Carbon Leakage auslösen.
  Lösung: Erweiterung des CBAM-Produktrahmens auf nachgelagerte stahlintensive Erzeugnisse innerhalb der Wertschöpfungsketten.

Fazit

Die Bundesregierung muss sich in Brüssel für die Beibehaltung der freien Zuteilung stark machen, bis die Lücken beim CO_2-Grenzausgleich geschlossen sind.
Diese Lücken betreffen eine Einbeziehung der Exporte, eine Erweiterung auf stahlintensive Produkte und – für eine Übergangsphase – verpflichtende Länder-Standardwerte, um Umgehungsverhalten auszuschließen.

Ihre Ansprechpartner

Tobias Aldenhoff | Leiter Wirtschafts- und Handelspolitik
+49 151 1689 1028 | tobias.aldenhoff@wvstahl.de

Roderik Hömann | Leiter Energie- und Klimapolitik
+49 160 5861023 | roderik.hoemann@wvstahl.de

Thomas Schauf | Leiter Strategie & Governmental Affairs
+49 175 9394415 | thomas.schauf@wvstahl.de

Wirtschaftsvereinigung Stahl
Französische Straße 8
10117 Berlin

+49 30 2325546-0

info@wvstahl.de
www.wvstahl.de

Mitglied im